

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Peter Felser, Stephan Protschka, Bernd Schattner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/3270 –**

Ganzheitliche Ansätze zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest zusammenführen

A. Problem

Die Fraktion der AfD bittet den Deutschen Bundestag vor dem Hintergrund, dass sich seit September 2020 die Afrikanische Schweinepest (ASP) über immer weitere Bundesländer Deutschlands ausbreitet, festzustellen, dass, wie ihr zufolge die Anzahl der infizierten Wildschweine belegt, alle bisherigen Maßnahmen zur Eindämmung des Seuchengeschehens weitestgehend erfolglos waren. Deutschland läuft in den Worten der Antragsteller mit Verweis u. a. auf Angaben der Online-Ausgabe eines Fachmagazins zur Jagd der Bekämpfung der ASP zunehmend hinterher. Die Fraktion der AfD weist darauf hin, dass in einigen Regionen Brandenburgs bereits Sprunginfektionen festgestellt wurden. Für sie ist mit weiteren Fällen sprunghafter Infektionen, z. B. durch die Verbreitung durch Kolkraben, Greifvögel und Fuchs, zu rechnen. Auch der Versuch, Schwarzwild in bestimmten Regionen mit einem Totalabschuss zu begegnen, ist nach Ansicht der Fraktion der AfD gescheitert.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, den „Zentralen Krisenstab Tierseuchen“ umgehend zu unterstützen, dass die ständig zu erweiternde Umzäunung der Gefährdungszonen zur ASP mit ausreichend Material und mehr Personal aufgestockt wird sowie dass der Bund die entstehenden Kosten für Zaunbau, Instandhaltung sowie der Bejagung im Rahmen der Bekämpfung der ASP kofinanziert.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/3270 abzulehnen.

Berlin, den 28. September 2022

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Hermann Färber
Vorsitzender

Dr. Franziska Kersten
Berichterstatterin

Dieter Stier
Berichterstatter

Zoe Mayer
Berichterstatterin

Ingo Bodtke
Berichterstatter

Peter Felser
Berichterstatter

Ina Latendorf
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Franziska Kersten, Dieter Stier, Zoe Mayer, Ingo Bodtke, Peter Felser und Ina Latendorf

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 51. Sitzung am 8. September 2022 den Antrag auf **Drucksache 20/3270** an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der AfD bittet den Deutschen Bundestag vor dem Hintergrund, dass sich seit September 2020 die Afrikanische Schweinepest (ASP) über immer weitere Bundesländer Deutschlands ausbreitet, festzustellen, dass, wie ihr zufolge die Anzahl der infizierten Wildschweine belegt, alle bisherigen Maßnahmen zur Eindämmung des Seuchengeschehens weitestgehend erfolglos waren. Deutschland läuft in den Worten der Antragsteller mit Verweis u. a. auf Angaben der Online-Ausgabe eines Fachmagazins zur Jagd der Bekämpfung der ASP zunehmend hinterher. Die Fraktion der AfD weist darauf hin, dass in einigen Regionen Brandenburgs bereits Sprunginfektionen festgestellt wurden. Für sie ist mit weiteren Fällen sprunghafter Infektionen, z. B. durch die Verbreitung durch Kolkraben, Greifvögel und Fuchs, zu rechnen. Auch der Versuch, Schwarzwild in bestimmten Regionen mit einem Totalabschuss zu begegnen, ist nach Ansicht der Fraktion der AfD gescheitert. Die Antragsteller legen dar, dass die deutschen Schweinehalter seit dem ASP-Ausbruch in Deutschland unter dem chinesischen Importverbot leiden. Durch diese Beschränkungen wird für die Fraktion der AfD die Dringlichkeit des politischen Handelns erforderlich.

Die Antragsteller stellen fest, dass hohe Investitionskosten zur Umzäunung der Schutzgebietsareale sehr aufwendig und kostenintensiv (Zaunbau, Instandhaltung, Kadaversuche und Verwaltungskosten) sind und versucht wird, durch immer größere Erweiterungen der Schutzzonen die Ausbreitung der ASP auf immer größere Areale einzudämmen. Ein flächendeckendes Monitoring über die Entwicklung einer Durchseuchung und der Entwicklung einer natürlichen Virusresistenz fehlt nach Aussage der Fraktion der AfD. Um die ASP effektiv einzudämmen, bedarf für es für sie eines bundesweit einheitlichen, koordinierten und gemeinsamen Vorgehens aller Beteiligten. Die Antragsteller verweisen im Zusammenhang mit der ASP u. a. auf Polen, wo seit dem dortigen erstmaligen Auftreten der ASP im Jahr 2014 ihnen zufolge bisher kein belastbares Monitoring bzw. eine Erhebung von Kennzahlen durchgeführt wurde, so dass keine belastbaren Werte der Durchseuchung erhoben wurden. Nun versucht Polen nach Angaben der Fraktion der AfD mit Verweis auf einen Online-Artikel eines Agrar-Fachmagazins das Problem der Ausbreitung der ASP unter zur Hilfenahme von 1000 Berufsjägern zu bewältigen.

Die Fraktion der AfD legt dar, dass ein Impfstoff für Hausschweine gegen die ASP in den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und China bereits entwickelt und in Deutschland das Friedrich-Löffler-Institut noch an ihm forscht. Ein Impfstoff kann nach Darstellung der Antragsteller über die Schleimhäute von Maul und Nase verabreicht werden. Damit wäre es laut der Fraktion der AfD möglich, auch Wild- und Hausschweine über Köder zu impfen. Es wird ihr zufolge mit Verweis auf einen Artikel eines Online-Magazins zur Gentechnik nur noch nach einem geeigneten Trägerköder, welcher von allen Individuen aufgenommen wird, derzeit geforscht.

In Naturschutzgebieten Brandenburgs wurden laut der Antragsteller mit Verweis auf einen Online-Artikel des Rundfunks Berlin-Brandenburg Flächen zum Schutz vor der Ausbreitung der ASP großflächig umzäunt. Innerhalb dieser Umzäunung sind demzufolge Wildtiere verendet, da diese künstlichen Barrieren in Hochwassergebieten nicht überwinden konnten. Hier muss für die Fraktion der AfD dringend eine Prioritätenverschiebung zu Gunsten des Seuchenrechts gegenüber dem Naturschutzrecht greifen. Die Antragsteller kritisieren, dass das Keulen von Hausschweinebeständen und das Andauern von Importstopps nicht die Folge von unentschlossenem Handeln oder unterschiedlicher Vorschriften in Landkreisen und Ländern sein darf.

Mit dem Antrag der Fraktion der AfD soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

1. den „Zentralen Krisenstab Tierseuchen“ umgehend zu unterstützen, dass die ständig zu erweiternde Umzäunung der Gefährdungszonen zur ASP mit ausreichend Material und mehr Personal aufgestockt wird;
2. dass der Bund die entstehenden Kosten für Zaunbau, Instandhaltung sowie der Bejagung im Rahmen der Bekämpfung der ASP kofinanziert;
3. dass der Bund Empfehlungen zur Anlage von Bejagungsschneisen zur Erntezeit gibt, auf eine intensive Zusammenarbeit von örtlich ansässigen Jägern und den jeweiligen Bauern zur Erntezeit mit gut durchgeplanten „Erntedrückjagden“ verweist;
4. dass bei Umzäunungen der ASP-Flächen in Naturschutzgebieten die Überschneidungen von Naturschutzrecht und die Möglichkeit der Seuchenbekämpfung deutlich zu Gunsten des Seuchenrechts durch den Bund geregelt werden;
5. dass die Fortentwicklung von Impfstoffen mit mehr Forschungsgeldern durch den Bund unterstützt und vorangetrieben werden kann (z. B. Friedrich-Löffler-Institut), die Zulassungsverfahren müssen dazu erheblich beschleunigt werden;
6. dass besonders Sprunginfektionen durch Übertragung während des Transitverkehrs durch schärfere Hygiene-/Desinfektionsregeln je Transportfahrzeug vermieden werden können;
7. dass der Bund die Möglichkeit der natürlichen Durchseuchung, wie in Polen praktiziert, prüft und dabei die schweinehaltenden Betriebe monetär und mit fachlicher Hilfe unterstützt (z. B. mit einer Komplettumzäunung);
8. dass eine engere Zusammenarbeit in den Grenzregionen zur besseren Koordinierung der Maßnahmen der Bekämpfung der ASP zu gewährleisten ist (an Parkplätzen, Autobahnabfahrten, Grenzübergängen);
9. dass der Bund eine fachlich gut ausgeführte Desinfektion der Lastkraftwagen vom Ort der Abholung der Tiere bis zum Schlachthof auf Länderebene kontrollieren lässt;
10. ein zentral gesteuertes und zugängliches Monitoring zur ASP in Deutschland aufzubauen, um die Entwicklung und den Verlauf der ASP deutschlandweit abzubilden. Die schnellere Erschließung durch Digitalisierung, auch der „weißen Flecken“, ist dazu wiederum zeitnah notwendig (Netzabdeckung).

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat in seiner 20. Sitzung am 28. September 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/3270 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag auf Drucksache 20/3270 in seiner 16. Sitzung am 28. September 2022 abschließend beraten.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, sie könne die Aussage der Fraktion der FDP unterstützen, dass bei der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) vor allen Dingen Länderzuständigkeiten betroffen seien. Vor rund einem Jahr hätten SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP im Koalitionsvertrag für die 20. Wahlperiode ihren Wunsch festgehalten, dass der Bund eine stärkere Koordination der Seuchenbekämpfung sowie eine Finanzierung prüfe. Das sei in Teilen schon gelungen. Die Koordination sei z. B. im Fall der ASP wesentlich besser geworden. Zu Beginn des ASP-Geschehens wären es lose Beschlüsse gewesen, die mit Nachbarstaaten wie u. a. Polen vereinbart worden seien. Es gebe jetzt eine deutliche Verbesserung bei dieser Zusammenarbeit. Das gelte

auch für die von der ASP in Deutschland betroffenen unterschiedlichen Bundesländer, die jetzt effektiver zusammenarbeiteten, d. h. z. B. Brandenburg sich mit Sachsen abstimme, wie ein Zaun gestaltet werde. Es werde sich somit auf dem Weg einer guten Entwicklung befunden. Der Bund hätte schon vor Monaten in Bezug auf die ASP angefangen, in mehreren Sprachen Informationsbroschüren an LKW-Fahrer zu verteilen, damit diese wüssten, dass es zu Sprunginfektionen führen könne, wenn jemand, aus einem ASP-Seuchengebiet kommend, seine möglicherweise infizierte „Wurststulle“ im Freien entsorge und diese anschließend von u. a. Wildschweinen gefressen würde. Was die Problematik der Impfstoffentwicklung angehe, empfehle derzeit das Friedrich-Löffler-Institut (FLI) keine Impfung für Hausschweine. Es prüfe intensiv Impfungen für Wildschweine. Dann müssten normalerweise die Determinanten der Impfstoffe verwendet werden, weil andere nicht die Wirksamkeit hätten und ein Problem darstellen würden, weil sie symptomatische Erkrankungen anderer Art erzeugen würden. Bei der ASP-Bekämpfung im Bereich der Bundeswehr seien gute Initiativen gestartet worden. Die Bundeswehr hätte verschiedene Truppenübungsplätze, u. a. in Sachsen und in Brandenburg, durch Funde von an ASP infizierten Wildschweinen sperren müssen. Soldaten, die in den Auslandseinsatz gingen, sollten zuvor einmal auf dem Truppenübungsplatz Altmark in der Colbitz-Letzlinger Heide in Sachsen-Anhalt gewesen sein, um dort einen „Übungsdurchlauf“ zu machen. Das würde praktisch unmöglich gemacht, sofern dort ein Wildschwein mit ASP gefunden würde. Deshalb seien dort Zäune vorbereitend angeschafft worden, um sie im Seuchenfall schnell aufbauen zu können. Ansonsten müsste innerhalb des Areals eine intensive Jagd erfolgen, um eine Freiheit vom ASP-Virus bei den Wildschweinen zu generieren. Die Fraktion der SPD habe das Vertrauen in die Bundesregierung, dass sie weiter intensiv an der Bekämpfung der ASP mitarbeite. Das gelte für die finanziellen Unterstützungen und für die angestrebten Regulierungen, d. h. dass bestimmte Regionalitäts-Prinzipien von der Kommission der Europäischen Union (EU) bei der ASP anerkannt würden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, es sei erfreulich, dass sich jetzt auch die Fraktion der AfD für das Thema „Impfen“ interessiere. Der Ernst der Lage sei beim Thema ASP unverändert aktuell, auch wenn es in der öffentlichen Wahrnehmung wahrscheinlich kaum mehr stattfindet. Das sei das Hauptproblem, denn diese Seuche sei nicht verschwunden, sondern sie sei unverändert da. Diese mangelnde mediale Aufmerksamkeit sei auch die Ursache für das gegenwärtige Nichtstun und die Antriebslosigkeit der Bundesregierung und der sie tragenden Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei der weiteren ASP-Bekämpfung. Bundesminister (BM) Cem Özdemir (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: BMEL) bliebe bei der ASP bisher tatenlos. Es habe in der letzten Zeit keine echten Initiativen aus dem BMEL gegeben, um dem Ernst der Lage bei der ASP Herr zu werden. Es könne betreffend des Umgangs des BMEL mit der ASP nur Desinteresse, Schweigen und Wegducken konstatiert werden. Zu Recht attestiere daher der Antrag der Fraktion AfD eine Vernachlässigung des Themas ASP durch den Bund, insbesondere in der Frage eines einheitlichen Vorgehens bei der Bekämpfung der ASP in Deutschland. Das sollte die Bundesregierung zumindest versuchen. Derzeit erkenne die Fraktion der CDU/CSU dieses Ansinnen bei der Bundesregierung nicht. Die Bekämpfung der ASP müsse schleunigst zurück in den Fokus des BMEL und wieder in das Zentrum der Aufmerksamkeit wie in der letzten Wahlperiode. Seitdem BM Cem Özdemir (BMEL) „am Ruder“ sei, herrsche Stillstand. Der Antrag der Fraktion der AfD enthalte Sinnvolles, aber auch einige sachliche Fehler. Die Behauptung, dass beim Impfstoff vom Bund zu wenig Forschung betrieben worden sei, sei falsch. Es sei daran zu erinnern, dass sich hier durch das stetige Bemühen der Fraktion der CDU/CSU das FLI seit Jahren engagiere bzw. an der Forschung zur ASP beteilige. Dazu gehöre auch die Impfstoffentwicklung. Beim Zaunbau zur Verhinderung der ASP hätte die vormalige BMn Julia Klöckner (BMEL) die Beteiligung der EU an den entsprechenden Kosten durchgesetzt, obwohl dieser Ländersache sei. Der Antrag der Fraktion der AfD enthalte insgesamt viele unzutreffend Punkte oder solche, die sich schon erledigt hätten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisierte, ein Antrag, der mit ganzheitlichen Ansätzen zur Bekämpfung von ASP betitelt sei und ein Sammelsurium an Maßnahmen vorstelle, aber nicht ein einziges Mal das strukturelle Problem, das in der Tierhaltung bestehe, thematisiere, sei ein „schlechter Witz“. Das müsse im Ausschuss offen und klar angesprochen werden. Was definitiv in einen solchen Antrag inhaltlich hineingehöre und auch der Grund sei, wieso er abgelehnt werden müsse, sei, dass es nicht mehr alleine um die ASP gehe. Die ASP sei das neueste „Symptom“ der derzeitigen Tierhaltung. Es hätte über die letzten Jahre z. B. schon die sog. Geflügelgrippe sowie die Bovine spongiforme Enzephalopathie (BSE) gegeben, verursacht durch die vorherrschenden Tierhaltungssysteme, d. h. durch die engen Besatzdichten und den hohen Infektionsdruck. Diese zahlreichen Tierseuchen würden sich auch in Zukunft fortsetzen, wenn die Politik nicht entschlossen an den Umbau der Tierhaltung herangehe. Daher helfe bei der ASP nicht die Annahme, dass durch einige kurzfristige Maßnahmen sie bald „gegessen“ wäre, wobei gesagt werden müsse, dass die Bundesregierung an vielen Ecken schon tätig geworden

sei. Der Hauptansatz im Antrag der Fraktion der AfD, dass die schweinehaltenden Betriebe zu unterstützen seien, sei einer, wo die Bundesregierung im Jahr 2022 nicht „geschlafen“ hätte. Es müsse sich nur angeschaut werden, wie viel Geld von ihr alleine 2022 zur Unterstützung in das Schweinehaltungssystem gegeben worden sei. So seien von der Bundesregierung u. a. im Rahmen der Corona-Hilfen und durch das laufende Kleinbeihilfeprogramm knapp 300 Millionen (Mio.) Euro für die schweinehaltenden Betriebe aktiviert worden. Irgendwann müsse aber gesagt werden, dass die finanzielle Unterstützung nicht nur vom Staat kommen könne und insbesondere ein neuer struktureller Ansatz in der Tierhaltung gebraucht werde. Diesbezüglich sei einiges von Seiten der Bundesregierung geplant. Die Fraktion der CDU/CSU und die vormalige unionsgeführte Bundesregierung hätten in den vergangenen Jahren genug Zeit gehabt, in diesem Bereich tätig zu werden. Dementsprechend sei es schwer ernst zu nehmen, wenn jetzt derartige Kritik aus den Reihen der Fraktion der CDU/CSU komme. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN freue sich auf das, was von der Bundesregierung für den Umbau der Tierhaltung kommen werde, weil es dieser nachhaltig helfen werde.

Die **Fraktion der FDP** äußerte, die ASP sei ein Problem, was nicht unterschätzt werden dürfe. Die ASP „rolle“ immer weiter auf Deutschland, gerade auf Ostdeutschland, zu. Es werde gemerkt, dass die mit ASP infizierten Wildschweine immer näher kämen und mehr darauf geachtet werden müsse, dass die ASP nicht auf die Hausschweine übergehe. Das bedeute, dass es in vielen Bereichen der Schweinehaltung umso schwerer werde, über den Ausbau der biologischen Haltung von Schweinen nachzudenken. Es müsse klar gesagt werden, dass die konventionelle Schweinehaltung diesbezüglich die deutlich sicherere sei. Trotzdem reiche es nicht aus, wenn, wie von der Fraktion der AfD geschehen, für einen Antrag verschiedene Forderungen, u. a. vom Deutschen Bauernverband (DBV), in einem Sammelsurium „abgeschrieben“ würden. Deswegen werde der Antrag der AfD abgelehnt, obwohl bei ihm sinnvolle Dinge dabei seien. Die Fraktion der FDP treibe die Frage um, wie die gewissenhaften Schweinezüchter vor den nachlässigen geschützt werden könnten. Es sei das zentrale Problem, dass viele Sauenhalter sehr sorgsam mit ihren Tieren umgingen und diese in einer sehr entscheidenden Form vor dem Kontakt nach außen schützten. Wenn aber der benachbarte Sauenhalter diesbezüglich ein bisschen nachlässiger mit dem Schutz der Tiere vor der ASP umgehe, würden diese im Fall einer Infektion des benachbarten Stalles durch die dann notwendigen Sicherheitsmaßnahmen unverschuldet mitbelastet, obwohl keine Chance bestünde, dass dort im Fall der ASP ein Übergang des Infektionsgeschehens zwischen den Ställen entstehe. Da müsse noch nach Lösungen gesucht werden, die nicht einfach sein würden. Es reiche nicht mehr aus, im Umkreis von zehn Kilometern Sperrzonen um Betriebe einzurichten und zu sagen, dass es dort ein Problem gebe. Was die Frage des Abschusses von Wildschweinen angehe, müssten differenzierte Möglichkeiten geschaffen werden, d. h. ein Anreiz für die Jäger geschaffen werden, mehr Wildschweine abschießen. Es handele sich nicht um ein Bundesproblem, sondern um ein Landes- bzw. um ein regionales Problem. Deswegen sollte z. B. auf kommunaler Ebene darüber nachgedacht werden, dass bei den kleineren Wildschweinen, die der Jäger in der Regel nicht so gerne abschieße, weil die Veterinärkosten dieselben seien, eine höhere Prämie bzw. eine Prämie wie bei den großen Wildschweinen auszuloben. Es seien gerade die jungen Wildschweine, die einen größeren Radius hätten. Es dürfe insgesamt nicht vergessen werden, dass die ASP vorrangig kein Bundes-, sondern ein Thema in der Zuständigkeit der Länder sei.

Die **Fraktion der AfD** stellte fest, seit dem ersten Fall der ASP in Deutschland seien etwas mehr als zwei Jahre vergangen. Mittlerweile habe es über 4 000 ASP-Fälle bei Schwarzwild, d. h. bei Wildschweinen, gegeben, aber auch ASP-Fälle bei Hausschweinen, was die ganze Sache dramatisch mache. Es seien viele Mio. Euro für Bekämpfungsmaßnahmen ausgegeben worden, aber aus Sicht der Fraktion der AfD nicht stringent und konsequent genug. Im Antrag der Fraktion der AfD gehe es vor allem, was schon in seiner Überschrift deutlich werde, um den ganzheitlichen Ansatz und um die Zusammenführung aller Maßnahmen bei der Bekämpfung der ASP. Viele hätten die Bilder vor Augen, wie das Rehwild an den Zäunen verende, weil es nicht mehr weiter könne oder wie die betroffenen Bauern bzw. die Schweinehalter verzweifelt seien, weil es für sie nicht mehr weitergehe. Daher erwarte die Fraktion der AfD nach über zwei Jahren eine Neubewertung der Situation bei ASP, um zu schauen, was wirkungslos gewesen sei, was Wirkung gezeigt hätte, was die Nachbarländer gemacht hätten und was Deutschland besser machen könne. Die Fraktion der AfD fordere in ihrem Antrag u. a. die Unterstützung des Bundes bei der Erhöhung der „Pürzelprämie“ und bei den entstehenden Kosten für den Zaunbau. Zudem müssten u. a. die Hygiene-Regeln verschärft werden, um insbesondere das Auftreten von Sprunginfektionen durch Übertragungen während des Transitverkehrs besser zu vermeiden. Der wichtigste Punkt im Antrag der Fraktion wäre im Kontext der ASP die bessere Unterstützung der schweinehaltenden Betriebe und Schweinehalter. Derzeit würden noch automatisch Einschränkungen für die Verwertung von deren Produkte gelten, wenn deren Betriebe in den für die ASP-Bekämpfung festgelegten Sperrzonen liegen würden. Hier werde dringend ein neuer Umgang

gebraucht. Der innergemeinschaftliche Handel mit Schweinen aus diesen Gebieten müsse endlich möglich gemacht werden und die sog. Regionalisierung, der Export von Schweinefleisch in Drittstaaten, müsse von Seiten des Bundes ausgehandelt werden. Es sei nach fast zweieinhalb Jahren ASP unverständlich, dass europäische Nachbarländer erfolgreiche Abkommen in diesem Bereich hätten aushandeln können und Deutschland nicht. Außerdem werde die Entwicklung eines entsprechenden Impfstoffes gegen die ASP gebraucht. Es gebe z. B. seit Jahrzehnten ein Wildgehege, wo schon vor 20 Jahren Schwarzwild mit Impfstoffen erfolgreich geimpft worden wäre. Es wäre möglich, diese Seuche besser zu bekämpfen und damit die hiesigen Bauern besser zu unterstützen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** lege dar, sie sei ebenso wie die Fraktion der CDU/CSU darüber verwundet, dass die Fraktion der AfD, Stichwort „Corona“, sich bei der Tierseuchenbekämpfung für die Entwicklung von Impfstoffen einsetze. Sie hoffe, ironisch gesehen, dass die Fraktion der AfD in diesem Falle bei der Verabreichung des Impfstoffes nicht auf Freiwilligkeit setzen werde, was bei Wildschweinen schwierig werden dürfte. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. dürften bei der ASP Natur-, Tierschutz und Seuchenbekämpfung nicht gegeneinander ausgespielt werden. Das müsse sowohl bei der Festlegung von Zaunverläufen in Restriktionsgebieten, bei der Reduktion von Schwarzwildbeständen sowie bei der Abnahme von gesunden Hausschweinen aus Restriktionsgebieten gelten. Es müsse sichergestellt werden, dass Hausschweine aus den betroffenen Gebieten der Schlachtung zugeführt werden könnten. In diesem Kontext bestünden deutliche Probleme in den von der ASP betroffenen Landkreisen in Deutschland. So sei z. B. der Landkreis Ludwigslust-Parchim ein Restriktionsgebiet, in dem es viele Zäune gebe. Viele der dortigen Schweinehalter stünden vor dem Problem, ihre Schweine „loszuwerden“ und zur Schlachtung zu bringen, weil es im eigenen Umfeld keine Schlachter mehr gebe. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. müsse eine tier- und waidgerechte Reduktion des Schwarzwildbestandes durch Bejagung, aber auch durch Verringerung der großflächigen Flächenbewirtschaftung mit energiereichen Pflanzen passieren, weil es die Gebiete seien, in denen sich Schweine unbeobachtet verstecken und vermehren könnten. Jedes Jahr bei der Ernte könne deutlich gesehen werden, was für Rotten aus diesen Feldern kämen. Der Fraktion DIE LINKE. fehle im Antrag der Fraktion der AfD die weitergehende Dimension, denn es werde im Bereich der Personalausstattung in Forst- und Veterinärverwaltung mehr Personal benötigt, welches auch für die Bekämpfung und für die Kontrollen eingesetzt werden könne. Zudem werde eine wirtschaftspolitische Lösung zur Frage des Umgangs mit den Konzentrationsprozessen in Erzeugung und Verarbeitung, insbesondere auch bei den Schlachthöfen, gebraucht, die – wie von ihr anfangs dargelegt worden sei – das Schweinefleisch aus ASP-Seuchengebieten nicht abnehmen und damit die Landwirtschaft vor großen Problemen stünde, was sie mit den Tieren mache.

Die **Bundesregierung** führte aus, die Schlussfolgerung der Fraktion der CDU/CSU, weil das Thema ASP nicht mehr in den Medien vorkäme, würde die Bundesregierung nichts tun, träfe nicht zu. Es gebe keine „Live-Berichterstattung“ von jeder Sitzung des Zentralen Krisenstabes Tierseuchen von Bund und Ländern zur ASP, den Staatssekretärin Silvia Bender (BMEL) persönlich leite. Insofern würde sie der Fraktion der CDU/CSU anraten, wenn sie wirklich wissen wolle, was die Bundesregierung tue, sich nicht ausschließlich auf die Medien zu verlassen. In der Tat gebe es bei der ASP kein stagnierendes Geschehen, sondern z. B. im Bundesland Brandenburg, was mit hohem Einsatz die Ausbreitung der ASP bekämpfe, Erfolge zu verzeichnen. Es existierten dort Sperrgebiete, die wieder hätten aufgehoben werden können, womit Erleichterungen für die dortigen Landwirtinnen und Landwirte verbunden seien. Viele der Punkte, die im Antrag der Fraktion der AfD gefordert würden, seien längst Standard in der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern. Zum Beispiel würden die Bereisungen des EUVET-Teams (European Union Veterinary Emergency) in Deutschland im Nachgang mit allen, d. h. auch mit den nicht von der ASP betroffenen Bundesländern, geteilt. Es gebe monatliche Ausschusssitzungen zwischen den Bundesländern, in denen die aktuellen Erkenntnisse zur ASP ausgetauscht würden. Zudem fänden tiefgreifende Erfahrungsaustausche regelmäßige in Fachgremien statt. Betreffend der Exportmöglichkeiten von Schweinefleisch bzw. möglicher Regionalisierungsvereinbarungen mit Drittstaaten befinde sich die Bundesregierung im permanenten Austausch. Der wesentliche Unterschied bei der Frage von Exporten nach China zwischen Frankreich und Deutschland sei, dass Frankreich ASP-frei sei.

2. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 20/3270 abzulehnen.

Berlin, den 28. September 2022

Dr. Franziska Kersten
Berichterstatterin

Dieter Stier
Berichterstatter

Zoe Mayer
Berichterstatterin

Ingo Bodtke
Berichterstatter

Peter Felser
Berichterstatter

Ina Latendorf
Berichterstatterin

